

IG METALL-AUSSCHLUSSVERFAHREN GEGEN AKTIVE DER SINDELFINGERER "ALTERNATIVE" DROHT!

Aufruf zur Solidarität:

Schickt den untenstehenden Protestbrief an die IG Metall!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Unternehmenspolitik des Daimler-Konzerns und ihre Folgen sind vielen von Euch bekannt.

Mit aller Macht versucht die Konzernleitung die Lasten der Krise auf die Schultern der Beschäftigten abzuwälzen. Sie will mehr Umsatz und mehr Profit machen. Und wie kann es anders sein: Alles auf Kosten der Daimler-Beschäftigten!

Diese Unternehmenspolitik bedeutet für uns Verlängerung der Arbeitszeiten, Steigerung der Arbeitsintensität, Verkürzung der Taktzeiten, Arbeitsverlagerung, Abbau von Arbeitsplätzen und vor allem aber deutlich weniger Lohn.

Oft genug unterstützte die Mehrheit des Betriebsrats diese -gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtete- Politik.

So wurde die Empörung und der Wut vieler Kolleginnen und Kollegen immer größer. Verschiedene Kolleg/innen im Werk wollten die Politik der Firmenleitung und die Politik des Co-Managements der Betriebsratsmehrheit nicht mehr widerstandslos hinnehmen.

Daher wurde durch eine Reihe aktiver Kolleginnen und Kollegen eine Arbeitsgruppe namens "Alternative" im Mai letzten Jahres ins Leben gerufen.

Zum ersten Mal entstand eine solche Alternativ-Gruppe bei Mercedes-Benz in Sindelfingen.

Wir gaben auch ein Informationsblatt mit dem gleichnamigen Titel -"Alternative"- heraus, in dem wir die Sozialpartnerschafts- und die Verzichtspolitik der Betriebsratsmehrheit kritisierten.

Kurz nach der Veröffentlichung des Informationsblattes "Alternative" wurden auf Drängen der Betriebsratsmehrheit die Unterstützer/innen der Gruppe von allen Strukturen der Vertrauenskörperleitung (VKL) ausgeschlossen.

Und auch danach ließ und lässt die Betriebsratsmehrheit Nichts unversucht, die Stimme der "Alternative" abzudrängen und die Unterstützerinnen und Unterstützer der "Alternative" aus allen betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen auszuschließen.

So blieb uns bei der nun bevorstehenden Betriebsratswahlen nur noch die Möglichkeit, mit einer eigenen Liste -"Alternative"- zu kandidieren. Diese Möglichkeit haben wir auch wahrgenommen.

Jetzt droht neue Gefahr!

Wir haben die berechtigte Sorge, dass der Ortsvorstand der IG Metall sich dem Druck der Betriebsratsmehrheit beugt, indem er mit großer Wahrscheinlichkeit am 22. Februar alle Kollegen und Kolleginnen, die auf der Liste der "Alternative" kandidieren, mit einem Ausschlussverfahren konfrontieren wird.

Wir alle sind Mitglied der IG Metall. IG Metall ist eine Arbeitnehmerorganisation, sie ist unsere Gewerkschaft!

Wir wollen und werden bei der IG Metall bleiben!

Deshalb bitten wir dringend um eure Solidarität!

Sendet bitte Protest-E-Mails -z.B. den Protestbriefentwurf, den Ihr im Folgenden findet- an die Verwaltungsstelle der IG Metall in Stuttgart, noch bevor der Ortsvorstand diesen falschen Weg geht:

An den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart Hans Bauer, an die Ortsverwaltung der IG Metall Stuttgart sowie bitte an uns, damit wir den Protest verfolgen können:

johann.baur@igmetall.de, stuttgart@igmetall.de, alternativesifi@live.de

Mit kollegialen Grüßen

Im Folgenden ein Entwurf einer möglichen Protest-Mail:

An den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart Hans Bauer, an die Ortsverwaltung der IG Metall Stuttgart sowie bitte an uns, damit wir den Protest verfolgen können:

[An: johann.baur@igmetall.de](mailto:johann.baur@igmetall.de), stuttgart@igmetall.de, alternativesifi@live.de

Mögliche Betreffzeile: Protest gegen das drohende Ausschlussverfahren

Mögliche Protest-Mail:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Erstaunen müssen wir registrieren, dass gegen organisierte und engagierte GewerkschafterInnen im Daimler Werk Sindelfingen mit Ausgrenzung und einer Ausschlussdrohung aus der IG Metall reagiert wird, nachdem sie eine eigenständige Liste zur Betriebsratswahl beantragt hatten. Wir dachten die Zeiten der Ausschlüsse alternativer Kolleg/innen und Listen gehören der Vergangenheit an.

Wie in zahlreichen Betrieben auch gibt es auch unter den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten bei Daimler in Sindelfingen unterschiedliche Vorstellungen über Inhalt, Ziele und Methoden der Interessenvertretung durch den Betriebsrat. Die Kontroversen sind augenscheinlich so groß, dass die Aufstellung einer gemeinsamen Liste weder möglich noch sinnvoll erscheint. Die Kolleginnen und Kollegen der "Alternative" nehmen schlicht ihr Recht aus dem Betriebsverfassungsgesetz wahr. Mit ihrer Beteiligung an den Betriebsratswahlen verschaffen sie dem Teil der Belegschaft eine Stimme, der sich durch die jetzige Betriebsratsmehrheit nur unzureichend oder nicht mehr vertreten fühlt.

Die Geschlossenheit – nicht nur der IGM sondern möglichst der gesamten Belegschaft – ist in der praktischen Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber absolut notwendig! Diese Geschlossenheit jedoch einzufordern bei der Debatte um gewerkschaftliche Ziele und bei den Betriebsratswahlen, läuft darauf hinaus, bürokratische Maulkörbe zu verhängen. Geschlossenheit setzt Einsicht und Überzeugung voraus. Die kann man nicht verordnen, sie kann nur das Ergebnis einer freien, kontroversen und öffentlichen Debatte sein.

Bei den Betriebsratswahlen 2010 geht es nicht nur bei Daimler um die Frage:

Können die Betriebsräte die Belange der Belegschaften am besten vertreten in engster Kooperation mit den Arbeitgebern oder sollen sie auf eine eigenständige Interessenvertretung auch in Konfrontation mit den Geschäftsleitungen setzen?

Dabei geht die Konfrontation zunehmend von den Unternehmen und ihren Verbänden aus, die weder Rücksicht auf die Interessen ihrer Beschäftigten noch auf die bisher praktizierte Methoden der Sozialpartnerschaft nehmen. Sollen sich die gewerkschaftlichen Interessenvertreter in den Betrieben den Diktaten ihrer Firmenleitungen beugen, um den sozialen Frieden und die "Partnerschaft" mit "ihren" Unternehmen nicht aufs Spiel zu setzen?

Diese Fragen gehören unseres Erachtens offen diskutiert. Sie lassen sich, auch mit Hinweis auf vermeintlich passende Satzungsbestimmungen und der Drohung des Gewerkschaftsausschlusses nicht unterbinden.

Ich/Wir bin/sind der Meinung, dass Euer Verhalten und Eure Androhungen, die Kollegen der Alternative aus der Gewerkschaft auszuschließen, Ausdruck einer zutiefst undemokratischen Herangehensweise sind. Wir/Ich sind der Meinung, dass es die Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder ist, sich für die innergewerkschaftliche Demokratie einzusetzen, diese einzufordern und undemokratische Strukturen und Verhaltensweisen zu bekämpfen.

Mit kollegialen Grüßen